

Bericht der israelischen Menschenrechtsorganisation B'tselem:

Top-Diplomaten aus 17 Ländern bereisen palästinensische Gemeinden. Israel versucht, Palästinenser von den Hügeln von Süd-Hebron zu vertreiben

19. Oktober 2020

Diplomatische Vertreter von 17 Ländern, darunter auch EU-Mitglieder und andere Länder, bereisen derzeit palästinensische Gemeinden auf den Hügeln von Südhebron, deren Bewohner Israel auszuweisen versucht. Seit 2000 führen die Bewohner einen juristischen Kampf vor dem Obersten Gerichtshof Israels. Im vergangenen August, vor der letzten Anhörung in diesem Fall, enthüllte das Akevot-Institut für israelisch-palästinensische Konfliktforschung ein Dokument, das bewies, was bereits klar war: Israel hatte das Gebiet zu einer militärischen Schießzone (firing zone) erklärt, um die Vertreibung seiner Bewohner zu erleichtern. Die Richter ignorierten diese Information, und die Bewohner warten derzeit auf ihr Urteil.

Delegationsleiter und andere Diplomaten besuchen derzeit palästinensische Gemeinden im Gebiet Masafer Yatta auf den Hügeln von Süd-Hebron, deren Heimat Israel zur "Schießzone 918" erklärt hat, um sie zu vertreiben. Rund 1.000 Einwohner warten auf ein bevorstehendes Urteil des israelischen Obersten Gerichtshofs in der jüngsten Petition in ihrem jahrzehntelangen Kampf gegen die israelischen Versuche.

An der Besuchsreise sind Vertreter der EU und der Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien, Niederlande, Schweden, Finnland, Dänemark, Belgien, Österreich, Ungarn, Polen und Irland sowie Großbritannien, Norwegen, Schweiz und Kanada beteiligt, die sich der Position der EU anschließen, dass die israelischen Siedlungen im Westjordanland unrechtmässig sind und dass Israels Politik des gewaltsamen Transfers von Palästinensern inakzeptabel ist. Im Dorf Khirbet al-Majaz besuchen die Teilnehmer die örtliche Schule, die mit EU-Mitteln gebaut wurde, und treffen mit Gemeindevorstehern zusammen, mit Nidal Younis, dem Vorsitzenden des Gemeinderats von Masafer Yatta, und Nasser Nawaj'ah, einem Einwohner von Susiya und Feldforscher für B'Tselem. Die Tour, bei der die neuesten Sicherheitsrichtlinien von Covid-19 eingehalten werden, wurde von den israelischen NGOs Breaking the Silence und B'Tselem organisiert.

Breaking the Silence Exekutivdirektor Avner Gvaryahu sagte: "Wir sind heute hierher gekommen, um zu verkünden, dass wir nicht tatenlos zusehen werden, wie der Staat Israel Hunderte von Menschen zu illegalem Aufenthalt in ihren eigenen Häusern erklärt. Wir werden nicht schweigen, wenn Soldaten losgeschickt werden, um Menschen aus ihren Häusern zu vertreiben, in denen sie lange bevor der erste israelische Soldat das Westjordanland betrat, gelebt haben. Wir laden alle ein, mit uns hierher zu kommen und diesen Menschen in die Augen zu schauen. Das ist mehr, als die Politiker, die ganze Familien zwingen, in ständiger Angst zu leben, aus ihren Häusern vertrieben zu werden, jemals getan haben. Das ist Vertreibung. Das ist Besatzung".

Der Exekutivdirektor von B'Tselem, Hagai El-Ad, fügte hinzu: "Israel will Masafer Yatta seit Jahrzehnten enteignen und betrachtet es als ein Gebiet, das es ausbeuten möchte, wenn da nicht die Palästinenser wären, die in diesem Gebiet leben und die es als überflüssigen Störenfried empfindet. Unter dem einen oder anderen Vorwand will der Staat all diese Familien vertreiben, ihre Häuser abreißen und ihre Lebensgrundlage zerstören. Das Gebiet zur Schießzone zu erklären, war der Vorwand; das Ziel ist die Säuberung des Territoriums von Palästinensern. Dieser verbrecherische Plan muss gestoppt werden".

Hintergrund:

Anfang der 1980er Jahre erklärte das israelische Militär ein Gebiet von etwa 3.000 Hektar auf den Hügeln von Süd-Hebron, bekannt als Masafer Yatta, zur militärischen Sperrzone, die als „militärisches Übungsgebiet 918“ bezeichnet wurde. Damals lebten Dutzende von palästinensischen Familien seit Jahren in diesem Gebiet, schon bevor Israel 1967 das Westjordanland besetzte. Sie lebten in 12 kleinen Dörfern und verdienten ihren Lebensunterhalt als Bauern und Hirten.

Im Oktober und November 1999 vertrieb das Militär rund 700 Bewohner dieser Gemeinden. Nach der Vertreibung reichten die Association for Civil Rights in Israel (ACRI) und Rechtsanwalt Shlomo Lecker im Namen von etwa 200 Familien eine Klage beim Obersten Gerichtshof (HCJ) ein. Das Gericht erließ eine bis heute geltende Einstweilige Verfügung, die es dem Staat verbot, die Bewohner auszuweisen, aber auch ihr Leben auf Eis legte. Sie leben weiterhin in ihren Häusern und arbeiten auf ihrem Land, unter ständiger Bedrohung durch Abriss, Vertreibung und Enteignung. Sie sind auch von neuer Bebauung ausgeschlossen. Da sie keine Wahl hatten, bauten die Gemeinden ohne Genehmigung neue Häuser sowie die notwendige Infrastruktur, auch für die Versorgung mit Wasser und Strom. Die israelischen Behörden erließen Abrissbefehle für diese Bauten und führten sie in vielen Fällen aus und beschlagnahmten die Infrastrukturausrüstung [z.B. Windräder], während viele andere Abrissbefehle in Kraft bleiben. Seit 2006 und bis Ende September 2020 hat B'Tselem den Abriss von 66 Gebäuden dokumentiert, in denen 358 Menschen, darunter 163 Minderjährige, in diesen Gemeinden lebten. Seit Anfang 2012 hat B'Tselem auch den Abriss von 21 Nicht-Wohngebäuden in diesen Gemeinden dokumentiert.

Nach mehr als 20 Jahren Gerichtsverfahren wird der Oberste Gerichtshof in Kürze sein Urteil verkünden. Bei der letzten Anhörung zu dieser Angelegenheit am 10. August 2020 argumentierte der Staat, dass die Kläger zum Zeitpunkt der Ausrufung des Gebietes zur "Schießzone" keine ständigen Bewohner des Gebietes gewesen seien und daher kein Recht hätten, weiterhin in ihren Häusern zu leben. Er argumentierte ferner, dass die Gemeinden von der Einstweiligen Verfügung Gebrauch machten: Menschen, die nicht unter die Einstweilige Verfügung fielen, zögen in das Gebiet ein, und die Bewohner würden ohne Genehmigung bauen. Der Staatsanwalt behauptete, dass Israel bereit gewesen sei, einen "Kompromiss" anzubieten, wie z.B. den Bewohnern zu erlauben, zwei Monate im Jahr mit vorheriger Absprache oder an Wochenenden und jüdischen Feiertagen, wenn das Militär nicht in dem Gebiet trainiert, in ihren Häusern zu leben, aber dass die Kläger alle Vorschläge abgelehnt hätten - was effektiv ihr Leben zerstört und sie gezwungen hätte, das Gebiet zu verlassen. Unter Berufung auf diese Erklärung wiesen die Richter die Bittsteller an, verschiedene Lösungen zu prüfen, die es dem Militär ermöglichen würden, in ihrem Wohngebiet zu trainieren, und behaupteten, dass "die Lösung in dem einer oder anderen Richtung liegt" ("the solution lies in one balance or another"). Dabei ignorierte das Gericht eine Feststellung des Akevot-Instituts vom vergangenen August, dass die Erklärung des Gebiets zur Schießzone von Anfang an beabsichtigt war, um die Palästinenser zu vertreiben, obwohl nie eine militärische Notwendigkeit bestand.

#Palestine #Btselem #humanrights